

Inclusion
Diversity
Equality
Action

IDEA

Institute of Legal Research

IDEA LEGAL RESEARCH PAPER SERIES

No. 2025-32

ISSN 2943-4068

© Copyright: IDEA
Institute of Legal Research

Suggested citation:

Naik, Yeshwant, Refusal to Review: Supreme Court's Decision on Same-Sex Marriage in India, IDEA Legal Research Paper Series No. 2025-32.

Ablehnung einer Überprüfung: Entscheidung des Obersten Gerichtshofs zum Same-Sex-Marriage in Indien

Einleitung

Kürzlich hat der Oberste Gerichtshof Indiens seine Entscheidung bezüglich der Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe nicht überprüft. Am 17. Oktober legte eine Mehrheitsmeinung eines Fünf-Richter-Konstitutionsgerichts fest, dass nicht-heterosexuelle Paare kein uneingeschränktes Recht auf Eheschließung besitzen. Diese Entscheidung wirft fundamentale Fragen nach der Rolle der Justiz in einer sich wandelnden Gesellschaft auf, insbesondere im Hinblick auf die Rechte der LGBTQIA+-Gemeinschaft. Die Behauptung des Gerichts, dass die rechtliche Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe in den Zuständigkeitsbereich des Parlaments falle, entzündet eine Debatte über richterlichen Aktivismus versus Zurückhaltung. Die Analyse untersucht die Begründung des Gerichts und deren Implikationen für die Rechte der LGBTQIA+-Gemeinschaft, verankert im aktuellen gesellschaftspolitischen Klima sowie in jüngsten Entwicklungen der Advocacy-Arbeit.

Die vorsichtige Haltung des Gerichts – Das Fundament für das Kernthema

Das Ablehnen der Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe durch den Obersten Gerichtshof spiegelt eine vorsichtige gerichtliche Herangehensweise wider, die durch soziopolitische Faktoren, kulturelle Einstellungen, den historischen Kontext sowie das bestehende rechtliche Rahmenwerk geprägt ist. Das Verständnis dieser Vorsicht ist entscheidend, da sie die Grundlage für die laufende Debatte bildet. Dies steht im Gegensatz zu früheren Fällen richterlichen Aktivismus in Indien und der zunehmenden globalen Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Der Bedarf an einem gerechteren rechtlichen Rahmen sowie an fortgesetzter Advocacy-Arbeit für die Rechte der LGBTQIA+-Gemeinschaft ist aktueller denn je.

Während das Gericht die Notwendigkeit der rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Beziehungen anerkannt hat, deutete es zugleich an, dass eine gesetzgeberische Intervention erforderlich sein könnte. Dies unterstreicht eine Präferenz für gerichtliche Zurückhaltung in diesem Bereich. Diese Unterscheidung zwischen der Anerkennung des Themas und dem Handeln darauf bildet die Grundlage für eine vertiefte Betrachtung der Hindernisse, denen die LGBTQIA+-Community gegenübersteht.

Der politische Rahmen: Die externen Einflüsse auf das Gericht

Die von der BJP geführte Regierung hat aktiv gegen die rechtliche Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe opponiert. Am 25. Februar 2021 reichte die Regierung beim High Court Delhi eine Petition ein, in der argumentiert wurde, dass eine Ehe ausschließlich zwischen biologischen Männern und Frauen bestehen sollte. Diese rückschrittliche Haltung wurde im Oktober 2023 bestätigt, als die BJP-Regierung erneut ihre Ablehnung gegenüber der Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe zum Ausdruck brachte. Die Position der Regierung ist zentral für das Verständnis des politischen Kontexts, vor dem das Gericht agiert,

und übt erheblichen Druck aus, der das Gericht zu einer konservativen Haltung und zu Vorschlägen einer legislativen Intervention veranlassen kann.

Richterlicher Aktivismus und historischer Kontext – Gegen narrative und Hoffnungsschimmer

Die Rolle der Justiz umfasst die Auslegung des Rechts zur Gewährleistung von Fairness und Gerechtigkeit. Die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften kann als eine Form richterlichen Aktivismus betrachtet werden, der Gleichheit und soziale Gerechtigkeit fördert. Gerichte haben Präzedenzfälle geschaffen, die Auswirkungen auf verschiedene marginalisierte Gemeinschaften haben, darunter inter-kaste- und inter-religiöse Paare.

Die indische Justiz hat sich historisch für bürgerliche Rechte eingesetzt, was durch wegweisende Urteile belegt wird, die sozialen Fortschritt fördern. Einige konkrete Beispiele sind:

1. *Privatsphäre und Autonomie*: Das Urteil von 2017 bestätigte das Recht auf Privatsphäre als Grundrecht gemäß Artikel 21 der Verfassung, was verschiedene Formen persönlicher Autonomie betrifft.
2. *Geschlechtergleichheit*: Im selben Jahr erklärte das Gericht die Praxis des Triple-Talaq für verfassungswidrig, um die Rechte muslimischer Frauen zu stärken.
3. *Bildungsrecht*: Das Gericht betonte das grundlegende Recht auf qualitativ hochwertige Bildung für alle Bürger und bestätigte, dass Bildung ein Grundrecht gemäß Artikel 21 ist.
4. *Anerkennung inter-kaste-Ehe*: In *Lata Singh v. State of U.P.* (2006) bestätigte das Gericht die Gültigkeit inter-kaste-Ehen und legte damit den Grundstein für den Schutz von Zusammenlebensformen sowie damit verbundenen Rechten, einschließlich Unterhalt und Eigentumsrechte.

Im Gegensatz dazu spiegelt die vorsichtige Haltung des Gerichts gegenüber der gleichgeschlechtlichen Ehe eine konservative Herangehensweise wider, trotz früherer Bekenntnisse zu sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit.

Analyse der Vorsicht des Gerichts: Wesentliche Überlegungen und Einflussfaktoren

(i) Mehrere Faktoren tragen zur Zurückhaltung des Gerichts bei, gleichgeschlechtliche Ehen in Indien anzuerkennen. Die vorherrschende Kultur homophober Politik, sowohl im Inland als auch auf internationaler Ebene, wird häufig als Bedrohung der gesellschaftlichen Moral angesehen. Zudem verstärkt erheblicher politischer Widerstand, insbesondere seitens der regierenden BJP, diese Vorsicht. Der Fortschritt in legislativem Bereich zur Unterstützung der Rechte der LGBTIQ+-Gemeinschaft ist bislang unzureichend.

(ii) Gesellschaftliche Einstellungen, die tief in kulturellen und religiösen Überzeugungen verwurzelt sind, erschweren die Gesetzgebung. Politiker nutzen diese kulturellen Normen häufig aus, um gleichgeschlechtliche Ehen zu bekämpfen, was zu einer gespaltenen politischen Landschaft führt, in der die öffentliche Unterstützung für die Rechte der LGBTQIA+ äußerst begrenzt ist.

(iii) Die Akzeptanz der LGBTQIA+-Gemeinschaft variiert stark zwischen den Regionen Indiens. Während einige Gesellschaften eine Identifikation als LGBTQIA+ tolerieren, besteht insgesamt erheblicher Widerstand gegen die rechtliche Anerkennung, was die tief verwurzelten gesellschaftlichen Einstellungen in den historischen, kulturellen und politischen Kontext einbindet.

(iv) Zudem zeigt die Entwicklung der Homosexuellenbewegung in Indien, die während der britischen Kolonialherrschaft durch die Verabschiedung von Section 377 im Jahr 1860 unterdrückt wurde, den anhaltenden Kampf um Anerkennung. Die Veränderungen begannen sich Ende des 20. Jahrhunderts abzuzeichnen und führten zu progressiven Entwicklungen, einschließlich des Urteils des Obersten Gerichtshofs von 2018, das die Strafbarkeit gleichgeschlechtlicher Beziehungen aufhob. Der historische Werdegang unterstreicht die dringende Notwendigkeit fortgesetzter Advocacy.

Vergleichende gerichtliche Ansätze zur gleichgeschlechtlichen Ehe

Unterschiedliche gerichtliche Entscheidungen zum Thema der gleichgeschlechtlichen Ehe ergeben sich aus spezifischen rechtlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Kontexten, die beeinflussen, wie Richter bestehende Gesetze interpretieren. Einige Jurisdiktionen sind fortschrittlicher in ihrer Unterstützung für gleichgeschlechtliche Ehen, während konservative Richter eher an traditionellen Werten festhalten.

Länder wie die USA und Deutschland haben die gleichgeschlechtliche Ehe legalisiert, zunächst durch die Einführung ziviler Partnerschaften und später durch die volle Anerkennung der Ehegleichheit. Öffentliches Engagement und Aktivismus der LGBTQIA+-Gemeinschaft waren entscheidend für die gesetzgeberischen Reformen weltweit.

Rechtsgrundlage für Eheansprüche

Das Recht zu heiraten ist zwar nicht explizit in der Verfassung erwähnt, wurde jedoch als ein grundlegendes Recht im Rahmen des Rechts auf Leben gemäß Artikel 21 interpretiert. Die Interpretation des Gerichts schränkt dieses Recht jedoch für gleichgeschlechtliche Paare nicht ein. Die Auslegung des Gerichts birgt die Gefahr, individuelle Freiheiten und Würde zu untergraben.

Die Verfassung garantiert Gleichheit und Nichtdiskriminierung. Die Ablehnung der gleichgeschlechtlichen Ehe verletzt persönliche Freiheiten und widerspricht den Prinzipien der Autonomie, die die Verfassung schützt. Damit kommt der Justiz eine entscheidende Rolle bei der Förderung von Gerechtigkeit zu.

Der Fall Naz Foundation: Gestaltung des Rahmens für LGBTQIA+ Rechte

Das Urteil Naz Foundation v. Government of NCT of Delhi (2009) war wegweisend für die Anerkennung der Rechte der LGBTQIA+-Gemeinschaft, indem es die Entkriminalisierung gleichgeschlechtlicher Handlungen mit mehreren Grundrechten der Verfassung verknüpfte. Obwohl es die gleichgeschlechtliche Ehe nicht legalisierte, ebnete es den Weg für zukünftige Diskussionen über Bürgerrechte und die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Beziehungen und signalisierte eine Tendenz zur Akzeptanz.

Urteil zu Transgender-Rechten

Das Gericht hat in Urteilen zu Transgender-Rechten progressive Tendenzen gezeigt, wie im Fall NALSAR. Dennoch spiegelt die Zurückhaltung bei der Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe eine Lücke wider, die Rechte für die LGBTQIA+-Gemeinschaft auszubauen, und unterstreicht die Notwendigkeit, traditionelle Vorstellungen von Ehe und Familie in Frage zu stellen.

Globaler Fortschritt: Ein vergleichender Überblick

Die Entscheidung, die Überprüfung der Entscheidung zur gleichgeschlechtlichen Ehe abzulehnen, steht im deutlichen Gegensatz zur wachsenden internationalen Akzeptanz solcher Partnerschaften. Viele Länder (USA, Kanada, Australien und mehrere europäische Staaten) haben diese durch gesetzgeberische Reformen anerkannt, was einen sich entwickelnden Paradigmenwechsel hin zu Inklusivität zeigt, den Indien unbedingt berücksichtigen muss.

Advocacy und konkrete Maßnahmen für Fortschritt

Um die Entscheidung wirksam anzufechten, können LGBTQIA+-Aktivistinnen und -Aktivisten in Indien verschiedene Strategien verfolgen, darunter die Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch Medienkampagnen, Bildungsinitiativen und Gemeinschaftsarbeit. Diese Maßnahmen können die öffentliche Meinung zugunsten einer größeren Akzeptanz verändern.

Darüber hinaus ist es entscheidend, die Regierungspolitikerinnen und -politiker zu Lobbyarbeit für Gesetze zu bewegen, die die Partnerschaften gleichgeschlechtlicher Paare anerkennen, und dabei Koalitionen mit anderen marginalisierten Gruppen aufzubauen. Das Bewusstsein, dass gesellschaftliche Einstellungen direkte Auswirkungen auf rechtliche und politische Rahmenbedingungen haben, ist in diesem Prozess von zentraler Bedeutung.

Bedeutung der rechtlichen Anerkennung

Die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Beziehungen kann gleichen Schutz und Zugang zu Rechten und Vorteilen unter dem Gesetz gewährleisten und Diskriminierung in Bereichen wie Beschäftigung, Gesundheitsversorgung und Familienrecht beseitigen.

Aufbau eines gerechten rechtlichen Rahmens: Integration sozialer Gerechtigkeit

Die Empfehlung des Obersten Gerichtshofs, eine hochrangige Kommission zur Prüfung der Rechte und Ansprüche queerer Partnerschaften einzusetzen, wirft Bedenken hinsichtlich Verzögerungen und der Wirksamkeit solcher Empfehlungen bei der Durchsetzung rechtlich einklagbarer Rechte auf. Das Rechtssystem muss gesellschaftliche Normen widerspiegeln und marginalisierte Gruppen befähigen, aktiv an der Förderung von Gleichheit und Akzeptanz mitzuwirken.

Ansätze für Wandel: Praktische Strategien

A. Gesetzgeberischer Einsatz für zivile Partnerschaften

Angesichts der aktuellen Haltung des Gerichts könnte die Anerkennung ziviler Partnerschaften ein erster konstruktiver Schritt in Richtung vollständiger rechtlicher Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen sein. Advocacy-Gruppen können ein Gesetzespaket für zivile Partnerschaften entwerfen, das Rechte und Pflichten umreißt, und mit politischen Parteien für eine legislative Unterstützung zusammenarbeiten, wobei das Menschenrechtsthema betont wird.

B. Umfassende Öffentlichkeitsarbeit

Um die öffentlichen Wahrnehmungen in Bezug auf die Rechte der LGBTQIA+-Gemeinschaft zu verändern, sind innovative Kampagnen erforderlich, die vielfältige Narrative hervorheben, Empathie fördern und die Gesellschaft insgesamt einbinden. Die Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen und die Organisation von Veranstaltungen können dazu beitragen, Akzeptanz und Inklusivität voranzutreiben.

Fazit

Die Ablehnung des Obersten Gerichtshofs, seine Entscheidung zum Thema der gleichgeschlechtlichen Ehe zu überprüfen, spiegelt eine vorsichtige gerichtliche Herangehensweise wider, die von soziopolitischen Faktoren, kulturellen Einstellungen und bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen beeinflusst ist. Während das Gericht historisch die individuellen Rechte durch wegweisende Urteile gestärkt hat, steht seine konservative Haltung gegenüber der gleichgeschlechtlichen Ehe im scharfen Gegensatz zu früheren Fällen

richterlichen Aktivismus. Dieses komplexe Thema, verbunden mit politischem Widerstand und gesellschaftlichen Einstellungen, verdeutlicht die dringende Notwendigkeit eines gerechten rechtlichen Rahmens. Fortgesetzte Advocacy-Arbeit für die Rechte der LGBTQIA+-Gemeinschaft ist essenziell, um soziale Normen zu prägen, Akzeptanz zu fördern und die Prinzipien von Gleichheit und Nichtdiskriminierung zu wahren. Der Weg nach vorn erfordert engagierte Anstrengungen, um die Ehegleichheit für alle zu erreichen, beginnend mit der legislativen Anerkennung ziviler Partnerschaften, die den Grundstein für einen breiteren gesellschaftlichen Wandel legen können. Öffentlichkeitsarbeit ist wesentlich, um gesellschaftliche Wahrnehmungen zu verändern und Inklusivität zu fördern.

Refusal to Review: Supreme Court's Decision on Same-Sex Marriage in India

Introduction

Recently, the Supreme Court refused to review its ruling on same-sex marriage. On October 17, a majority opinion from a five-judge Constitution Bench concluded that non-heterosexual couples do not have an unconditional right to marry. This decision raises fundamental questions about the role of judiciary in a changing society, particularly regarding LGBTQIA+ rights. The Court's claim that legal recognition of same-sex marriage falls within Parliament's purview sparks a debate on judicial activism versus restraint. The analysis delves into the Court's reasoning and explores the implications for LGBTQIA+ rights, anchoring it in the current socio-political climate and recent developments in advocacy

The Court's Cautious Approach – Setting the Stage for the Core Argument

The Supreme Court's refusal to legalise same-sex marriage reflects a cautious judicial approach shaped by socio-political factors, cultural attitudes, historical context and the existing legal framework. Understanding this cautiousness is crucial as it forms the basis of the current debate. This contrasts with previous instances of judicial activism in India and the growing global acceptance of same sex unions. The need for a more equitable legal framework and continued advocacy for LGBTQIA+ rights has never been more pressing.

While the Court has acknowledged the need for legal recognition of same-sex relationships, it has also suggested that legislative intervention may be required, indicating a preference for judicial restraint in this area. This distinction between acknowledging the issue and taking action sets the stage for a deeper exploration into the barriers facing the LGBTQIA+ community.

The Political Landscape: Highlighting the External Pressure on the Court

The BJP-led government has actively opposed to legal recognition of same-sex marriage. On 25 February 2021, the government filed a petition filed in the Delhi High Court, arguing that marriage should solely exist between biological men and women. This regressive stance was reiterated in October 2023. the BJP-led government expressed its opposition to legal recognition of same-sex marriage. The government's position is central to understanding the political backdrop against which the Court operates, lending significant pressure that can lead the judiciary to adopt a conservative approach and suggest legislative intervention.

Judicial Activism and Historical Context – A Counter Narrative and the Basis of Hope

The role of the judiciary encompasses interpreting the law to ensure fairness and justice. Legal recognition of same-sex unions can be viewed as a form of judicial activism, promoting equality and social justice. Courts have set precedents that affect various marginalized communities, including inter-caste and inter-religious couples.

The Indian judiciary has historically championed civil rights, evidenced by landmark judgments that have promoted social justice. The following are some specific examples:

1. *Privacy and Autonomy* : In a 2017 ruling, the Supreme Court upheld the right to privacy as a fundamental right under Article 21 of the Constitution, impacting various forms of personal autonomy.

2. *Gender Equality* : The Court declared the practice of triple talaq unconstitutional in the same year, aiming to strengthen the rights of Muslim women.
3. *Right to Education*: The judiciary has emphasized the fundamental right to quality education for all citizens affirming that education is a fundamental right under Article 21.
4. *Recognition of Inter-Caste Marriages*: In Lata Singh v. State of U.P (2006), the Court upheld the validity of inter-caste marriages, laying the groundwork for protections for live-in-relationships and associated rights, including maintenance and property rights.

In contrast, the Court's cautious stance on same-sex marriage reflects its conservative approach, despite its previous commitments to social justice and equality.

Exploring the Court's Caution: Key Considerations and Influences

- (i) Several factors contribute to the Court's hesitance to recognize same-sex marriage in India. The prevailing culture of homophobic politics, both domestically and internationally, is often viewed as a threat to social morals. Additionally, significant political resistance, particularly from the ruling BJP, intensifies this caution, with insufficient progress in legislative efforts supporting LGBTIQ+ rights.
- (ii) Societal attitudes rooted in cultural and religious beliefs complicate the legislative landscape. Politicians often exploit these cultural norms to oppose same-sex marriage, resulting in a divided, political landscape where public endorsement of LGBTIQ+ rights remains limited.
- (iii) The acceptance levels of the LGBTQIA+ community vary greatly across different regions of India. While some may be accepting of identifying as LGBTIQ+, there is widespread resistance to legal recognition, illustrating that societal attitudes are deeply interwoven with historical, cultural, and political complexities.
- (iv) Moreover, the evolution of the homosexuality movement in India which endured repression during British colonial rule with the imposition Section 377 in 1860, demonstrates the ongoing struggle for recognition. Changing began to take shape in the late 20th Century leading to progressive developments, including Supreme Court's decriminalization of same-sex relationships in 2018. The historical trajectory underscores a pressing need for continued advocacy.

Comparative Judicial Approaches to Same-Sex Marriage

Differing judicial decisions on same-sex marriage emerge from unique legal, cultural, social contexts, influencing how judges interpret existing laws. Some jurisdictions are more progressive in their support for same-sex marriage as social acceptance increases, while conservative judges may lean towards traditional values.

Countries such as the United States and Germany have legalized same-sex marriage, initially beginning with civil unions before fully recognizing marriage equality. Public pressure and activism from the LGBTIQ+ community have been pivotal in achieving legislative reforms across the globe.

Legal Basis for Marriage Claims

The [right to marry](#), while not explicitly mentioned in the Constitution, has been interpreted as a fundamental aspect of the right to life under Article 21. However, the Court's interpretation does not extend this right to same-sex couples. The Court's interpretation risks undermining individual liberties and dignity.

The Constitution guarantees [equality and non-discrimination](#). Denying same-sex marriage infringes on personal freedoms and violates the [principles of autonomy](#) that the Constitution upholds, highlighting the judiciary's critical role in promoting justice.

The Naz Foundation Case: Shaping the Landscape of Same-Sex Rights

The [Naz Foundation vs. Government of NCT of Delhi judgment](#) of 2009 was pivotal in recognizing the rights of the LGBTQIA+ community, linking the decriminalization of same-sex acts to several fundamental rights under the Constitution. While it did not legalize same-sex marriage, it paved the way for future discussions about civil rights and recognition of same-sex relationships, suggesting a directional shift towards acceptance.

Transgender Rights Ruling

The Supreme Court has shown progressive leanings in rulings related to transgender rights, as demonstrated in the [NAL SAR judgment](#). However, its hesitance to address same-sex marriage reflects a gap in expanding rights for the LGBTQIA+ community, underscoring the need to challenge traditional notions of marriage and family.

Global Progress: A Comparative Overview

The [decision to refuse reviewing](#) the same-sex marriage ruling sharply contrasts the growing international acceptance of same-sex unions. Many countries (United States, Canada, Australia, and several European nations) have successfully recognized these unions through legislative changes, illustrating an evolving paradigm towards inclusivity that India must consider.

Advocacy and Action: Concrete Steps for Progress

To challenge the ruling effectively, LGBTQIA+ advocates in India can employ various strategies, including raising public awareness through media campaigns, education initiatives, and community engagement. These efforts can shift public opinion towards greater acceptance. Furthermore, lobbying government officials to support legislation recognizing same-sex unions, while focusing on building coalitions with other marginalized groups, can strengthen advocacy efforts. Recognizing that societal attitudes directly influence legal and political landscapes is critical in this process.

The Importance of Legal Recognition

Legal recognition of same-sex relationships can confer equal protection and access to benefits under the law, eliminating discrimination that LGBTQIA+ individuals face in employment, healthcare, and family law.

Building an Equitable Legal Framework: Integrating Social Justice

The Supreme Court's recommendation to establish a [high-powered committee](#) to consider the rights and entitlements of queer unions raises concerns about delays and the efficacy of such recommendations in achieving legally enforceable rights. The legal system must reflect societal norms and empower marginalized groups to contribute towards equality and acceptance.

Approach for Change: Practical Strategies

A. Legislative Advocacy for civil unions

Given the Court's current stance, recognizing civil unions may serve as a constructive first step towards full legal acknowledgment of same-sex marriages. Advocacy groups can draft a [civil union bill](#) outlining rights and responsibilities and collaborate with political parties for legislative support while stressing the importance of human rights.

B. Comprehensive Public Awareness Campaigns

Reforming public perceptions about LGBTQIA+ rights requires innovative [awareness campaigns](#) that highlight diverse narratives, foster empathy, and engage the broader society. Collaborating with educational institutions and organizing events can help promote acceptance and inclusivity.

Conclusion

The Supreme Court's refusal to review its decision on same-sex marriage reflects a cautious judicial approach impacted by socio-political factors, cultural attitudes, and existing legal frameworks. While the Court has historically supported individual rights through landmark rulings, its conservative stance on same-sex marriage contrasts sharply with previous instances of judicial activism. This multifaceted issue, alongside political resistance and societal attitudes, underscores the pressing need for an equitable legal framework. Continued advocacy for LGBTQIA+ rights is essential to shape social norms, ensure acceptance, and uphold the principles of equality and non-discrimination. The path forward necessitates committed efforts to achieve marriage equality for all individuals, beginning with legislative recognition of civil unions that can lay the groundwork for broader societal change. Public awareness campaigns are essential in changing societal perceptions and promoting inclusivity.

Hinweis: Der ursprüngliche Artikel ist in englischer Sprache verfasst und enthält Hyperlinks.

